

# Die amerikanische Besatzungszeit in Südtirol

---

Eva Pfanzelter

## I. Einleitung<sup>1</sup>

Der Waffenstillstand mit Italien am 8. September 1943 stellte einen entscheidenden Wendepunkt im Zweiten Weltkrieg dar. International war er ein eindeutiges Signal des bevorstehenden alliierten Sieges. National bewies er die Schwäche der führenden Gesellschaftsschichten, den ungeliebten Krieg zu beenden und sich von den Faschisten loszusagen. Diese Schwäche sollte letztendlich zum Ende der Monarchie und zu einem Wechsel der politischen Kultur in Italien führen. Dazwischen aber lagen zwanzig Monate Besatzung und Krieg, sozialer Unfrieden und Bürgerkrieg, Lebensmittel- und Ressourcenknappheit bzw wirtschaftliches Desaster. Die in den besetzten Landesteilen geduldeten Regierungen hatten wenig Handlungsspielraum und noch weniger Möglichkeiten der Einflussnahme: Während in Benito Mussolinis *Repubblica Sociale Italiana* (RSI), dem Marionettenregime Adolf Hitlers, zu der auch die Operationszone Alpenvorland und damit Südtirol gehörten, zunehmend die nationalsozialistische Gesetzgebung umgesetzt und die Repressionen ver-

---

1 In den folgenden – historischen – Beiträgen wird die Schreibweise *De Gasperi* gewählt, obwohl sowohl die historischen Akten als auch Unterschriften des Außenministers und Ministerpräsidenten belegen, dass vor allem für die Zeit vor dem Ende des Ersten Weltkrieges die Trentiner Schreibweise *Degasperi* üblich war. Danach tauchte die getrennte Schreibweise vor allem in offiziellen Schreiben und im journalistischen Bereich immer häufiger auf, bis sie schließlich De Gasperi selbst auch übernahm. Die Gründe dafür sind nicht ganz klar: Einige behaupteten, De Gasperi wollte sich damit einen italienischeren, vom habsburgischen distanzierenden, Anstrich geben. Andere sahen darin den Versuch einer Adellung. Jedenfalls war bald und besonders im internationalen Kontext die getrennte Schreibweise üblicher, weshalb sie auch hier übernommen wird. Für die detaillierte Auskunft sei Marco Odorizzi, dem Direktor der Fondazione Trentina Alcide De Gasperi an dieser Stelle herzlich gedankt! Die männliche Schreibweise ist genderneutral zu lesen und inkludiert immer auch die weibliche Form.

schärft wurden, rangen im alliiert-besetzten Italien schwache, faschistisch kompromittierte Regierungen mit den harten Waffenstillstandsbedingungen und einer zunehmend zur Konkurrenz wachsenden Widerstandsbewegung, der *Resistenza*. Es waren Jahre einer tiefgehenden, vielschichtigen nationalen Krise, aus der das Land als Demokratie und mit eindeutiger Westorientierung hervorgehen sollte. 1943 war die italienische Gesellschaft nach zwanzig Jahren Faschismus, dem von den traditionellen, monarchischen Eliten unterstützten *Ventennio Fascista*, bereit für einen grundlegenden politischen Wechsel. Dass dieser Wechsel auf eine Demokratie hinauslief hatte viel mit der alliierten Besetzung in den letzten Kriegsjahren, mit der antifaschistischen Koalition in der *Resistenza*, mit wachsendem US-amerikanischem Einfluss und mit der chronischen Schwäche der italienischen Innenpolitik zu tun.<sup>2</sup>

Dabei war Italien, weil das Niederringen des deutschen Gegners viel wichtiger war, in den Planungen der Alliierten 1939 vernachlässigt geblieben. Erst 1943, als die Zeichen schon auf Eröffnung einer Südfront deuteten, begannen die Alliierten mit den Konzeptionen für die militärischen Operationen beim Einmarsch und der Besetzung des Landes. Und erst im Sommer 1944 setzten im Alliierten Hauptquartier endlich auch die Planungen für die Grenzregionen Italiens im Norden ein. In Abstimmung zwischen Briten und Amerikanern ging es dabei auch um die Besetzung Südtirols und es war allen Beteiligten bewusst, dass in diesem Gebiet besondere Richtlinien gelten mussten. Dabei waren die Alliierten darauf bedacht, mit ihren Regelungen keine Vorentscheidungen zu treffen, die den Friedensvertragsverhandlungen mit Italien hätten vorgreifen können.

Bisher standen in diesem Kontext vornehmlich die britische<sup>3</sup>, italienische<sup>4</sup>

---

2 Eva Pfanzelter, Unvollkommene Demokratisierung: Italien 1943–1945, in: Ingrid Böhler/Eva Pfanzelter/Rolf Steininger (Hg), Entscheidungen im 20. Jahrhundert (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 27), Innsbruck 2011, 113–137, hier 113–116.

3 Viel ausführlicher zur Historiografie siehe Beitrag Andrea Di Michele in diesem Band. Zur britischen Politik siehe die zahlreichen Publikationen Rolf Steiningers, am ausführlichsten aber immer noch: Rolf Steininger, Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2), Innsbruck 1987; außerdem Rolf Steininger, Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck-Wien 1997, 402; Rolf Steininger, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror Bd 1–3: 1947–1969, Bozen 1999, 19–120.

4 ZB Umberto Corsini, La politica interna italiana per l'Alto Adige negli anni 1945–1946, in: Studi Trentini di Scienze Storiche I/4, 1988, 403–446; Umberto Corsini, Problemi di un territorio di confine. Trentino e Alto Adige dalla sovranità austriaca all'Accordo De Gasperi-Gruber, Trient 1994 oder Mario Toscano, Storia diplomatica della questione dell'Alto Adige, Bari 1967.

bzw österreichische oder Südtiroler/Tiroler<sup>5</sup> Politik im Fokus geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen. Im Folgenden soll es um einen Einblick in die US-amerikanische Südtirolpolitik gehen,<sup>6</sup> auch wenn es zwischen dem amerikanischen Außenministerium (dem *State Department*), den amerikanischen Präsidenten und den militärischen und zivilen Verwaltungsbehörden in Italien selten Übereinstimmung in dieser Angelegenheit gab und von einer gemeinsamen Südtirolpolitik eigentlich nicht die Rede sein kann. Dennoch übten die Amerikaner, nicht zuletzt, weil sie als militärische Besatzungsmacht letztlich Südtirol besetzen und damit zwischen Mai und Dezember 1945 die Geschicke des Landes entscheidend mitbestimmten, einen nachhaltigen, bisher aber in der historischen Forschung weitgehend ignorierten Einfluss auf die Zukunft der Alpenprovinz aus, denn sie trafen wichtige Entscheidungen, die letztlich auch die Entstehung und Ausformulierung des Gruber-De Gasperi-Abkommens beeinflussten. Die Ausführungen zeigen daher, dass im Lichte alliierter Politik in diesen Monaten und Jahren eine, um bei einem Wortspiel Michael Gehlers<sup>7</sup> zu bleiben, weitreichende Autonomie verspielt wurde.

## II. Der militärische Kontext: Die Besetzung Italiens durch die Alliierten

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Großbritannien *die* führende Macht im Mittelmeerraum. Es kontrollierte Gibraltar, Malta, Zypern, Alexandria und den Suez-Kanal – und damit den Seeweg in den asiatischen Raum. Frankreich wiederum baute seit geraumer Zeit seine Vormachtstellung in Nordafrika aus: Algerien, Tunesien, Tschad und Marokko waren unter französischem Einfluss. Durch die strategische Positionierung unterbanden die beiden Großmächte Russlands Einflussmöglichkeiten auf den Nahen Osten. Italien und Großbritannien gemeinsam hielten wiederum Frankreich in Schach.<sup>8</sup>

---

5 So etwa Viktoria Stadlmayer, Keim Kleingeld im Länderschacher. Südtirol, Triest und Alcide De Gasperi 1945/1946 (Schlern Schriften 320), Innsbruck 2002; oder Michael Gehler in zahlreichen Publikationen, hier stellvertretend: Michael Gehler, Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten: eine Dokumentation, Innsbruck 1996; Michael Gehler, Tirol im 20. Jahrhundert: vom Kronland zur Europaregion, Innsbruck-Wien <sup>2</sup>2009.

6 Zur US-Besetzungszeit siehe auch: Eva Pfanzelter, Südtirol unterm Sternenbanner. Die amerikanische Besetzung Mai–Juni 1945, Bozen 2005.

7 Siehe dazu den Beitrag von Michael Gehler in diesem Band.

8 Marco Rimanelli, Italy between Europe and the Mediterranean. Diplomacy and naval strategy from unification to NATO, 1800s–2000 (Studies in modern European history 21), New York-Berlin 1997, 674.

Die Interessen der USA am Mittelmeerbecken und an Italien waren von kommerzieller und kultureller Natur. Bis zum Zweiten Weltkrieg kamen ein vages politisch-ökonomisches Kalkül aufgrund der Öl-Interessen im Nahen Osten bzw. Persischen Golf und aufgrund der Opposition zu Mussolinis Äthiopien- und Spanienkriegen hinzu. 1939 kooperierten die USA daher in Form gemeinsamer politischer, militärischer und wirtschaftlicher Aktionen mit Großbritannien. Die alliierten Kampagnen in Nordafrika (1942), Tunesien (1943), Italien (1943–45) und Frankreich (1944) sowie die Luft- und Seeverteidigung des Mittelmeerraumes, die Besetzung des Iran (1942–46), der Schutz der Energieressourcen im Nahen Osten und die immer neue Unterstützung Großbritanniens zur Sicherung ihrer Einflussosphäre im Mittelmeerraum, im Nahen Osten und während der griechischen Kampagne (1944–47) zeugen davon.

Italien dagegen verfolgte traditionell das Ziel, die alleinige Vormachtstellung innezuhaben, scheiterte damit aber wiederholt, weil es wenig realistische Basis im Sinne einer strategischen Vision, finanziellen Kalkulation oder militärischen Planung gab. Hintergrund dieser Verfehlungen war eine traditionelle politische Schwäche der Zentrale und strukturelle Unausgewogenheit sowie eine Interessensbindung in den Gebieten Trentino, Istrien, Friaul und Dalmatien. Auch Mussolini versuchte wiederholt – vergeblich – diese Vorherrschaft zu erreichen und zeigte damit unrealistische Großmachtambitionen. Seine aggressive Außenpolitik gepaart mit Propaganda-Bluffs heizten die internationalen Spannungen an. Die diplomatisch-ideologischen Konflikte mit relativ unbedeutenden Gegnern (Türkei, Griechenland, Albanien, Jugoslawien, Äthiopien und Spanien) blendeten die Grenzen der eigenen Möglichkeiten aus. Im Zweiten Weltkrieg konnte Italien mit Hilfe deutscher Unterstützung zwar schnell territoriale Gewinne in Albanien, Nizza, Dalmatien und Slowenien vorweisen und damit alte Ambitionen wie die Degradierung Frankreichs, die Kontrolle Griechenlands, ein pro-italienisches Kroatien, Tunesien und Korsika erreichen, doch gelang es nie, die britische Dominanz im Mittelmeerraum auch nur zu gefährden. Die alliierte Seeblockade 1942–1945, die See- und Luftvormacht und die ungehinderten Landungen in Afrika und Sizilien offenbarten schnell die Vergänglichkeit der Erfolge.<sup>9</sup>

Für die Alliierten war Italien dabei lange Zeit ein militärischer Nebenkriegsschauplatz. Erst als der britische Premier Winston Churchill und der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt im Januar 1943 in Casablanca das Unternehmen „Husky“ – die Landung der alliierten Streitkräfte in Sizilien – beschlossen, begannen Debatten über eine Besatzungspolitik und Mi-

---

9 Rimanelli, *Italy between Europe*, 671–684.

litärregierung einschließlich der Errichtung des *Allied Military Government of Occupied Territories* (AMGOT).<sup>10</sup>

Der Einmarsch und die Besetzung Italiens gingen dann reibungslos vonstatten: Die Absetzung Mussolinis wurde von seiner eigenen Führungsriege betrieben – einerseits von den konservativen, antidemokratischen Eliten aus Wirtschaft, Armee und Verwaltung und andererseits von den faschistischen Eliten, die nach 1922 die politische Macht besaßen. Letztere entzogen Mussolini am 25. Juli 1943 das Vertrauen und gemeinsam mit den konservativen Eliten in Gestalt von König Vittorio Emanuele III. und Marschall Pietro Badoglio setzten sie ihn fest, sagten sich vom Faschismus los und begannen Verhandlungen mit den Alliierten über einen Sonderfrieden. Der Sturz Mussolinis bedeutete aber noch keine tiefgreifende politische Zäsur: Badoglio und Vittorio Emanuele III. verkörperten die Kontinuität des Faschismus und die Aufrechterhaltung der Allianz mit Deutschland. Diese Haltung widerspiegelte im Übrigen auch die Position der Bevölkerung, wie erst jüngst Forschungen zeigen konnten.<sup>11</sup>

Die Putsch-Regierung zeichnete sich in Folge durch Tatenlosigkeit und eine maßlose Überschätzung des eigenen Verhandlungsspielraums aus. Badoglio glaubte nach der Absetzung Mussolinis sogar, den Seitenwechsel ohne Konfrontation mit den Deutschen zu überstehen bzw bei den Alliierten den Feindstatus vermeiden und sich als gleichberechtigter Partner auf die Seite der Anglo-Amerikaner schlagen zu können. Tatsächlich waren Italiens Optionen bei den Alliierten durch die Erklärungen der Casablanca-Konferenz vom Jänner 1943, die unumstößlich ein *unconditional surrender*, also eine bedingungslose Kapitulation verlangten, und anglo-französische Animositäten, im Besonderen eine allgemeine Verachtung der italienischen Kriegsfähigkeiten, eingeschränkt.<sup>12</sup>

Am 3. September 1943 unterzeichnete die Regierung Badoglio in Cassibile auf Sizilien den Waffenstillstand. Der *Short Military Armistice* oder *Armistizio Corto* umfasste nur zwölf Punkte und war dann nichts anderes als eben jene bedingungslose Kapitulation. Am 8. September landeten alliierte Truppen mit gleichzeitiger Bekanntmachung des Waffenstillstandsabkommens in Salerno.

10 Rimanelli, *Italy between Europe*, 684; Hans Woller, *Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien 1943 bis 1948* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 38), München 1996, 36; E. Timothy Smith, *The United States, Italy and NATO 1947–52*, Basingstoke 1991, 1–3.

11 Hans Woller, *Dreierlei Abrechnung. Italien nach dem Faschismus*, in: Hans-Joachim Veen/Daniela Ruge (Hg), *Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa* (Europäische Diktaturen und ihre Überwindung 4), Köln 2004, 23–31, hier 23–26; Rimanelli, *Italy between Europe*, 676.

12 Rimanelli, *Italy between Europe*, 677.

Am darauf folgenden Tag verließ Badoglio mit einigen Dutzend Führungspersonen sowie der königlichen Familie und dem militärischen Führungsstab die italienische Hauptstadt und floh zu den Alliierten nach Brindisi, das damit der neue Regierungssitz des *Governo del Sud* wurde. Als Gründe für die Flucht konnte die jüngere Forschung neben der Angst vor den Deutschen ein Misstrauen der Führungsclique gegen die Generäle und die militärischen Fähigkeiten des Heeres identifizieren. Tatsächlich gab es in der italienischen Armee eine starke Strömung, die aus verschiedenen Gründen einen Seitenwechsel Italiens ablehnte.<sup>13</sup>

Die Folgen der Flucht waren jedenfalls desaströs: Eine Kriegserklärung an Deutschland war noch nicht erfolgt, es gab damit keine eindeutige Positionierung, keinen Appell, die Deutschen zu bekämpfen oder Rom zu verteidigen. Die führungslos gewordenen italienischen Streitkräfte verstanden die Flucht als Aufruf zu einem „tutti a casa“, „alle nach Hause“. Ein Heer von ca einer Million Soldaten fiel innerhalb weniger Tage auseinander: Einige Einheiten kämpften an der Seite der Wehrmacht weiter, viele andere harrten in ihren Stellungen aus. Jeder, der auf die Deutschen schoss, tat dies ohne alliierten Rückhalt. An die 600.000 bis 700.000 italienische Soldaten wurden in der Folge in Arbeitslager nach Deutschland abtransportiert; ihnen sollten weitere 400.000 Zivilisten folgen.<sup>14</sup>

Beinahe widerstandslos konnten so am 10. September zahlenmäßig unterlegene deutsche Truppen symbolträchtig Rom besetzen, am 12. September Mussolini befreien und am 23. September die RSI mit Sitz in Salò am Gardasee und Mussolini als Oberhaupt ausrufen. Auch wenn umstritten bleibt, wie kampffähig die italienische Armee nach den fatalen und verlustreichen Kriegsjahren überhaupt noch gewesen wäre (Renzo De Felice spricht von einem „unrealistischen Abendgebet“), so zeigen die Ereignisse doch, dass zwanzig Jahre Faschismus ausgereicht hatten, um die Entscheidungsbereitschaft und -fähigkeit der Armeeführung völlig auszulöschen.<sup>15</sup>

Auf die Beziehungen zwischen Anglo-Amerikanern und der jungen italienischen Regierung in Brindisi wirkten diese Entwicklungen nicht förderlich: Die Alliierten hatten mit einer starken Mithilfe des italienischen Heeres und mit großer Zustimmung der Bevölkerung bei der Befreiung des Landes ge-

---

13 James Edward Miller, *The United States and Italy 1940–1950. The politics and diplomacy of stabilization*, Chapel Hill NC ua 1986, 49–55; Pietro Caprioli, *Il governo Badoglio, l'armistizio ed il problema della „cobelligeranza“*, oD, [[http://www.funzionioibiettivo.it/medie\\_file/Badoglio.htm#\(1\)](http://www.funzionioibiettivo.it/medie_file/Badoglio.htm#(1))], eingesehen 5.2.2017; Agarossi, *A nation collapses*, 128–133.

14 Agarossi, *A nation collapses*, I.

15 Agarossi, *A nation collapses*, 130f; C. R. S. Harris, *Allied military administration of Italy 1943–1945 (History of the Second World War)*, London 1957, 105–108.

rechnet. Über den jetzt eingetretenen Zusammenbruch der italienischen Regierung und Armee hatte es keine Hinweise gegeben. Darüber hinaus ließen die zögerliche Haltung der Regierung Badoglio den Deutschen gegenüber und die offen bekundeten Sympathien des Königs für die Faschisten die hochgehaltene Parole des Anti-Faschismus zu einer Phrase verblassen und waren vor allem den US-Amerikanern peinlich.<sup>16</sup>

Das endgültige Waffenstillstandsabkommen, den *Armistizio Lungo*, unterzeichneten Badoglio und General Dwight D. Eisenhower schließlich am 29. September 1943 auf Malta, und zwar erst, nachdem die Formulierung *unconditional surrender* aus der Präambel des Dokumentes gestrichen worden war. Diese kosmetische Veränderung konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, was das Dokument in realiter darstellte, nämlich eine beinahe totale Aufgabe der italienischen Souveränität zugunsten der Anglo-Amerikaner. Daneben forderten die Alliierten die konsequente Zerschlagung aller faschistischen Einrichtungen und die Übergabe Benito Mussolinis, des faschistischen Führungsstabes und mutmaßlicher Kriegsverbrecher an die (noch zu gründenden) Vereinten Nationen. Ein Brief des Oberbefehlshabers der Alliierten Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhowers, an Badoglio, der die Lockerung des Waffenstillstandes je nach Zusammenarbeit der Italiener mit den alliierten Behörden und nach militärischem Weiterkommen in Aussicht stellte, konnte nur wenig zur moralischen Stärkung der Interimsregierung beitragen, zumal das *Amendment to the Cunningham-De Courten Naval Agreement* (17. November 1943) auch noch eine Entmilitarisierung Italiens nach dem Krieg und den Verlust der Marine und der Kolonien vorsah.<sup>17</sup>

Damit war Italien ein zerrissenes Land: Im Norden gab es die RSI mit einer starken deutschen Wehrmachtspräsenz, die weite Gebiete des Landes bald in ein Kampfgebiet verwandelte. Hinzu kamen die zunehmende Repression der Zivilbevölkerung und die immer blutiger werdenden Auseinandersetzungen mit der *Resistenza*. Im Süden war eine machtlos gehaltene Interimsregierung eingesetzt. In wirtschaftlicher Hinsicht sah die Lage nicht besser aus: Lebensmittel, Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten fehlten gleichermaßen, Industrie und Landwirtschaft waren Großteils nicht mehr funktionsfähig. Problematisch waren auch die gesellschaftlichen Verhältnisse: Es gab soziale Konflikte, regionale separatistische Bewegungen und eine tiefe moralische

16 Agarossi, *A nation collapses*, 125–128.

17 National Archives Trust Fund Board/National Archives and Records Service (Hg), *Subject File Headings for the Records of the Allied Control Commission (Italy) 1943–1947*. National Archives Microfilm Publications Pamphlet describing M1190, Washington DC 1982, 1–5, hier 1; Harris, *Allied military administration*, 105 f; Rimanelli, *Italy between Europe*, 678; Miller, *The United States and Italy*, 57.

Unsicherheit.<sup>18</sup> Der Waffenstillstand und die folgenschwere Flucht der Regierung Badoglio verschärften diese sozialen und psychologischen Probleme und sollten sich bald zu einem nationalen Trauma entwickeln. Standen 1940 noch beträchtliche Teile der Bevölkerung hinter dem Krieg und Mussolini – die Zahl der freiwillig Einrückenden war sogar höher als im Ersten Weltkrieg – so hatten die Kriegsjahre diese Zustimmung ins Gegenteil verkehrt. Der erwartete kurze siegreiche Krieg hatte sich als lange und vor allem blutige Auseinandersetzung mit klaren Niederlagen in Griechenland, Nordafrika und in Taranto gewandelt. Für die Bevölkerung – vor allem für die Antifaschisten – war es nun ein dem Land durch Mussolini aufgezwungener Krieg.<sup>19</sup>

### III. Eine alliierte Militärregierung für Südtirol

Bei einem Treffen in Moskau Ende Oktober 1943 formulierten die Außenminister Englands, der USA und der UdSSR in der am 1. November unterzeichneten Moskauer Deklaration die Absicht, ein freies und unabhängiges Österreich wiederherzustellen, was naturgemäß auch den Grundstein für die Wiederaufnahme der Diskussionen um Südtirol legte.<sup>20</sup>

Präsident Roosevelt veröffentlichte aus innenpolitischen und wahltaktischen Gründen am 8. Juni 1944 ein die Moskauer Deklaration unterstützendes und die Interessen Italiens negierendes Memorandum über *The Treatment of Austria*. Das Dokument unterstrich die Notwendigkeit, unter den Österreichern ein Nationalitätsgefühl auf demokratischer Basis hervorzurufen.<sup>21</sup> Demnach galt es, Österreich als einen freien, unabhängigen Staat wiederherzustellen, Konditionen für eine stabile Demokratie zu schaffen, die ökonomische Basis für eine baldmöglichste Unabhängigkeit zu sichern und Österreich als gleichwertiges Mitglied in den europäischen Staatenverbund

---

18 Agarossi, *A nation collapses*, II f; Paolo Pezzino, *The Italian Resistance between history and memory*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 10 (2005), Heft 4, 396–412, hier 400; Mariuccia Salvati, *Behind the Cold War: rethinking the left, the state and civil society in Italy (1940s–1970s)*, in: *Journal of Modern Italian Studies* 8 (2003), Heft 4, 556–577, hier 559; Woller, *Die Abrechnung mit dem Faschismus*, 39.

19 Renzo De Felice/Pasquale Chessa, *Rosso e Nero (Le isole 8)*, Milano 1995<sup>3</sup>, 34 f.

20 Günter Bischof, *Austria in the First Cold War, 1945–55. The Leverage of the Weak (Cold War History Series)*, Basingstoke (ua) 1999, 24; Robert H. Keyserlingk, 1. November 1943: Die Moskauer Deklaration. Die Alliierten, Österreich und der Zweite Weltkrieg, in: Michael Gehler/Rolf Steininger (Hg), *Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Band 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Wien-Köln-Weimar 1997, 9–37, hier 17 f.

21 Steininger, *Los von Rom?*, 15.



aufzunehmen.<sup>22</sup> Voraussetzung dafür seien eine blühende Wirtschaft und wirkungsvolle Sicherheit vor äußerer Bedrohung. Aus diesem Grund befürwortete er die Rückgabe Südtirols an Österreich, denn eine solche diene dem politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. Im Vergleich zu dem, was Österreich gewinne, sei der Verlust für Italien gering.<sup>23</sup>

Nach Prüfung durch den Acting Secretary of State, Edward Stettinius,<sup>24</sup> schloss sich auch das *Inter-Divisional-Committee on Germany* den Empfehlungen an.<sup>25</sup> Präsident Roosevelt billigte das Memorandum dann am 27. Juni 1944 schriftlich als offizielle Linie der US-Politik gegenüber Österreich.<sup>26</sup>

Als es bei den alliierten Behörden in Italien konkret um die Planungen des Vorstoßes Richtung Norden und die Einrichtung von militärischen Besatzungen ging, wurden diese Gedanken wieder aufgegriffen. In Übereinstimmung mit dem Memorandum empfahl das amerikanische Außenministerium im Sommer 1944 die Errichtung einer alliierten Militärregierung auch in Südtirol und zwar, weil es sich dabei um ein sogenanntes *disputed area*, also ein *umstrittenes Gebiet* handeln könnte, und das obwohl es bei Kriegsausbruch bereits zu Italien gehört habe. Die Militärregierung sollte so lange aufrecht erhalten bleiben, bis die Zugehörigkeit des Landes bei den Friedensverhandlungen definitiv geklärt sei.<sup>27</sup> Die darauffolgenden Gespräche zwischen den alliierten Partnern, vor allem zwischen Roosevelt und Churchill,

22 Eva Pfanzelter, *The South Tyrol and the Principle of Self-Determination. An Analysis of a Minority Problem*, in: *Canadian Review of Studies in Nationalism*, 1998, Volume 1, 75–87, hier 85.

23 Pietro Pastorelli, *La politica estera italiana del dopoguerra* (Collana di Storia Contemporanea), Bologna 1987, 14–15; United States Government Printing Office Washington (Hg), *Foreign Relations of the United States, 1944, Volume I, General*, 437–449, ab jetzt abgekürzt unter FRUS. Vergessen werden darf hier nicht, dass sich Roosevelt im Wahlkampf befand. Eine sehr gewogene Erklärung machte der Präsident nämlich auch gegenüber Italien, siehe dazu: Franklin D. Roosevelt, *Fireside Chat On The Fall Of Rome*, 6.5.1944, [<https://archive.org/details/FDRTheFallOfRome>], eingesehen 7.3.2017.

24 The United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt) to the Acting Secretary of State, 14. September 1945, in: FRUS. *Diplomatic Papers 1945, Volume 3, European Advisory Commission, Austria, Germany*, Washington DC 1968, 593.

25 Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*, Graz 1985, 25 f.

26 The United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt) to the Acting Secretary of State, 14. September 1945, in: FRUS. *Diplomatic Papers 1945, Volume 3, European Advisory Commission, Austria, Germany*, Washington DC 1968, 593.

27 Stone an AFHQ, 19. August 1944, National Archives and Records Administration, RG 331, ACC files, 10000/136/287 (künftig NARA, RG 331).

die während der Quebec-Konferenz im September ausführlich auch die Gefahr eines gewaltsamen Einmarsches von Partisanen ins deutschsprachige Südtirol erörterten, führten schließlich dazu, dass ab September 1944 Südtirol als *disputed area* galt und dementsprechend der militärischen Besatzungsmacht unter alliierter Aufsicht und Militärgesetzgebung unterstand.<sup>28</sup> Die Details sollten in späteren Richtlinien folgen.

Welches diese Richtlinien waren, dazu bedurfte es noch ausgiebiger Verhandlungen, vor allem, weil entschieden werden musste, welche Rolle die italienische Regierung bzw das *Comitato di Liberazione Nazionale* (CLN) oder die Partisanen in diesen Gebieten bei der Befreiung spielen würden und sollten. Am 8. Jänner 1945 lagen dann endlich die notwendigen Angaben aus dem Alliierten Hauptquartier vor. Darin hieß es: Bei der Besetzung der Provinz Bozen solle besonders Wert darauf gelegt werden, in den deutschsprachigen Gemeinden keine externen Beamten und Offiziere einzusetzen. Die Zivilverwaltung sollte unter der Befehlsgewalt der Alliierten und nicht der italienischen Regierung aufgebaut werden, aber nach italienischem System. Außerdem könne angenommen werden, dass

„die Provinz nicht [Unterstreichung im engl Original] von Italien abgetrennt werden wird, unabhängig aller ethnischen und historischen Argumente, die man machen könnte. Auch ist es nicht wahrscheinlich, dass die Politik der forcierten Auswanderung entlang des Italo-Deutschen-Abkommens von 1939 nach dem Krieg fortgeführt wird. Hingegen kann davon ausgegangen werden, dass Vorkehrungen für den Schutz der deutschsprechenden Bewohner des Südtirol (als eine Minderheit innerhalb des italienischen Staates) in die finalen Vereinbarungen mit Italien aufgenommen werden.“<sup>29</sup>

Und weiter unten hieß es in dem Schreiben noch:

„b. Direkte Kontrolle durch das AMG wird voraussichtlich solange weitergeführt werden, bis permanente Vorkehrungen für den Schutz der oben unter a. ins Auge gefassten Minderheit gesichert sind.“<sup>30</sup>

---

28 Joseph C Grew, Acting Secretary, an Henry L. Stimson, Secretary of War, Top Secret, 26.4.1945, NARA, 740.00119 Control (Italy)/4-2645.

29 Top Secret, TR Henn, Colonel, Acting Asst. Chief of Staff, G-5 an HQ, AC, Attn: Chief Commissioner, Stone, AMG for Bolzano, Trento and Belluno, 8.1.1945, NARA, RG 331, 10000/136/287 Administration, Frontier Areas in Dispute (Northern Italy, border zone problems).

30 Ebd.

Es sei daher darauf zu achten, „keine separatistischen Hoffnungen aufkommen zu lassen oder die Einrichtung lokaler Verwaltungsformen zu unterstützen, die die Rückkehr zum italienischen Verwaltungssystem nicht überleben würden.“ Gleichzeitig sollte die alliierte Militärregierung lokale Selbstregierungen unter Einbeziehung einheimischer Beamter fördern und eine besondere Hervorhebung sowohl italienischer als auch österreichischer Gesinnung sollte vermieden werden.<sup>31</sup>

Im Grunde legte dieses Dokument die Zukunft Südtirols fest und umriss die Besatzungspolitik der Alliierten genauso, wie es den Weg zum Gruber-De Gasperi-Abkommen vorzeichnete. Von diesen Richtlinien sollten die Alliierten und besonders die Amerikaner in Bezug auf Südtirol bis zum Ende der Besatzungszeit und bis zum Abschluss des italienischen Friedensvertrages nicht mehr abweichen.

Allerdings kam es in den letzten Kriegsmonaten zu zwei weiteren folgenreichen Entscheidungen bzw Ereignissen, die Einfluss auf die Ausgestaltung der Militärregierung hatten.

## **A. Partisanen und alliierte Truppen besetzen das Land**

Die Alliierten stimmten Ende Jänner 1945 nach anhaltendem Druck der italienischen Regierung zu, dass italienische Truppen und Partisanen die Alliierten bei der Befreiung von Italiens Norden begleiten sollten. Die Alliierten rechneten im Nordwesten des Landes mit einer schnellen Besetzung von Schlüsselzentren wie Mailand, Turin und Genua und einer dann zu erwartenden Zusammenarbeit mit bereits funktionierenden CLN-Verwaltungseinheiten. In den restlichen Grenzgebieten war die Lage prekärer, da aufgrund der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung Übergriffe der Partisanen zu befürchten waren. Um im gesamten Besatzungsgebiet die Partisanenaktivität zu begrenzen, jegliche Form der Selbstverwaltung oder gar einen kommunistischen Putsch zu verhindern, sollte alliiertes Verwaltungspersonal die einmarschierenden alliierten Truppen begleiten, zuerst eine eigene Militärverwaltung aufbauen und erst dann bereits existierende Partisanen- oder Einheimischenverwaltungen akzeptieren und unter alliiertes Kommando stellen. Diese Mit-Einbeziehung italienischer Truppen bzw von Partisaneneinheiten schien notwendig, um die Zugehörigkeit des gesamten Gebietes (in den Grenzen von 1939) zur römischen Bonomi-Regierung zumindest für die Übergangszeit zu bekräftigen.<sup>32</sup>

---

31 Ebd.

32 J. G. Sweetman, AFHQ, Minutes of a Meeting Held at Caserta 1430 hours, 29.1.1945, NARA, RG 331, 10000/136/287 Administration, Frontier Areas in

Damit wurde Südtirol auch für das *Comitato di Liberazione Nazionale* interessant – mit bekanntem Ausgang, nämlich der Entsendung des Mailänder CLN-Mitglieds Bruno De Angelis nach Bozen. Er verhandelte in den letzten Kriegstagen im April–Mai 1945 mit Vertretern des Andreas-Hofer-Bundes (der kleinen Widerstandsgruppierung in Südtirol) und der Deutschen Wehrmachtsführung über die Übergabe der Verwaltung des Landes. Dabei herrschte in diesen letzten Kriegstagen des Zweiten Weltkrieges in Südtirol verwaltungstechnisch und auch militärisch totales Chaos. Die Befehlsstrukturen waren unklar, Zuständigkeiten und Kompetenzen nicht mehr erkennbar. Geheimdienstberichte meldeten alliierte Einheiten und zahlreiche Partisanenverbände, die Richtung Südtirol vorrückten. Die letzten Kriegstage verliefen panisch und waren gekennzeichnet von hektischen, aber folgenschweren Entscheidungen und leider sinnlosem Blutvergießen. Wenige Stunden vor dem Einmarsch amerikanischer Truppen, kam es am 30. April in Meran und am 2. Mai in Laas noch zu blutigen, wahrscheinlich provozierten Auseinandersetzungen zwischen italienischen Partisanen und deutschsprachigen Südtirolern bzw Wehrmachtssoldaten.<sup>33</sup>

Mit der Drohung, 17 starke Partisanenverbände aus dem Raum Cortina seien im Anmarsch, kam es am Nachmittag des 2. Mai zwischen De Angelis und Karl Tinzl, dem Präfekt der Provinz Bozen, sowie Erich Amonn als Vertreter des Andreas-Hofer-Bundes zu einer Aussprache.<sup>34</sup> Tinzl und Amonn sprachen dabei zwar ihre „prinzipiellen Vorbehalte“ gegen De Angelis’ Vorhaben aus, erklärten sich jedoch in gegenseitigem Einverständnis zur Zusammenarbeit bereit, um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Als die beiden wenig später von der Kapitulation der deutschen Wehrmacht in Italien erfuhren, schrieb Amonn in sein Tagebuch: „Schwerster Tag meines Lebens aber notwendig um wenigstens ein Stück Tiroler Boden vor völliger Verwüstung zu retten. [...] zu Verteidigung mit Aufrechterhaltung [sic] Ruhe und Ordnung.“<sup>35</sup>

In der Nacht des 2. Mai besetzten italienische Partisanen strategisch wichtige Zentren der Stadt Bozen und der Industriezone, angeblich, weil das CLN vom alliierten Hauptquartier den Befehl dazu erhalten habe. Es kam zu Auseinandersetzungen mit mehreren Toten. Die Umstände und

---

Dispute (Northern Italy, border zone problems); Minute from the Offices of the United States Political Adviser and British Resident Minister, oD, ebd.

33 Armando Vadagnini, *La Resistenza degli italiani e dei sudtirolesi*, in: Giorgio Delle Donne (Hg), *Incontri sulla Storia dell'Alto Adige*, Bozen 1994, 345–374, 366.

34 Gerald Steinacher, *Südtirol und die Geheimdienste 1943–1945*, Innsbruck-Wien 2000, 174–181.

35 Tagebuchaufzeichnungen Erich Amonn, SVP-Archiv, Südtiroler Landesarchiv, Bozen.

Ausmaße der Kämpfe sind bis heute noch nicht gänzlich geklärt.<sup>36</sup> Mit dem Blutbad und der Androhung, jedes Opfer dieses Aufstandes der deutschen Wehrmachtsführung als Kriegsverbrechen anzulasten, erzwang De Angelis die Unterzeichnung jenes im Nachhinein als ominös bezeichneten Abkommens, das ihm die Verwaltung der Provinz Bozen übertrug. Tinzl und der bisherige Bürgermeister von Bozen, Fritz Führer, waren dabei nur noch hilflose Zuschauer.

So übernahm Bruno De Angelis am 3. Mai 1945 als Präfekt von Karl Tinzl die Verwaltung des Landes. Er ließ italienische Fahnen hissen und präsentierte die Provinz beim Einmarsch amerikanischer Besatzungseinheiten der 5. US-Armee als ein von Partisanen befreites Gebiet und als eine italienische Provinz, die sich nicht von anderen unterschied. Tags darauf, am 4. Mai, marschierten die alliierten Truppen in Bozen ein. Sie riegelten in den nächsten Tagen die Grenzen am Brenner, am Reschen und in Innichen ab, errichteten Straßensperren und eröffneten Stützpunkte in den größeren Ortschaften. Unter dem amerikanischen Ziviloffizier William E. McBratney bauten sie zügig die Militärverwaltung, das *Allied Military Government* nach den Richtlinien vom Jänner des Jahres auf. Beiden Sprachgruppen wurde eine politische Vertretung zugesichert und eine Tageszeitung (die heute noch bestehenden „Alto Adige“ und „Dolomiten“) erlaubt. Während sich die italienische Sprachgruppe politisch vom CLN vertreten fand, kam es unter diesen Vorzeichen am 8. Mai 1945 zur Gründung der Südtiroler Volkspartei (SVP).

In der Praxis verlief der Übergang von Kriegs- zu Besatzungszeit militärisch überraschend problemlos. Im Zivilbereich sah das etwas anders aus. Die Akten der amerikanischen Besatzungsmannschaften selbst zeichnen ein sehr ambivalentes Bild Südtirols bei Kriegsende. Den einmarschierenden GIs präsentierte sich das Land mit vielen unerklärlichen Dissonanzen: Die deutschen Wehrmachtssoldaten, denen die letzten Fluchtwege in die Heimat durch das Abriegeln der italienischen Nordgrenze versperrt waren, übten beinahe ungehindert weiterhin die Macht aus. Ein großer Teil der einheimischen Bevölkerung verständigte sich in der Sprache des deutschen Feindes, hatte sich in den letzten Kriegsjahren offen auf dessen Seite gestellt und die im Lande ansässigen Italiener unterdrückt. Jetzt boten viele den deutschen Soldaten Versteck und Kleidung oder tauschten deren Waffen gegen Lebensmittel ein. Andererseits war die Verwaltung des Landes offiziell in den Händen des *Comitato di Liberazione Nazionale Alta Italia*, dessen Mitarbeiter zu einem guten Teil aus eifrigen Partisanen bestanden. Deren Diffamierungen und Willküraktionen führten schon bald in ganz Norditalien zu derart großen Problemen, dass die Alliierten die Zusammenarbeit

---

36 Steinacher, Südtirol und die Geheimdienste, 171–179.

mit ihnen aufkündigten, ohne jedoch in der Verwaltung gänzlich auf ihre Unterstützung verzichten zu können.<sup>37</sup>

Allerdings hatte McBratney alle Hände voll zu tun, die heftigen Verbalattacken der beiden ethnischen Gruppen in der Presse in den Griff zu bekommen, denn die „Dolomiten“ und die „Alto Adige“ lieferten sich eine wahre Presseschlacht mit gegenseitigen Beschuldigungen und Anklagen. McBratney verhängte daher am 31. Mai 1945 einen „Burgfrieden“ mit harscher Pressezensur, der im September des Jahres sogar erneuert werden musste. Mit ein Grund für die heftigen Klagen von Seiten der deutschsprachigen Minderheit war das undisziplinierte Verhalten der Truppen der *Folgore*, der eilig aus Partisaneneinheiten zusammengewürfelten italienischen Truppen, die die Alliierten in Südtirol bei den Besetzungsaufgaben unterstützten. Ihre wahllosen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung trugen nicht unwesentlich zum anhaltenden Misstrauen zwischen den Ethnien und zwischen Besetzungseinheiten und den italienischen Verwaltungsbeamten bei.<sup>38</sup>

## B. Keine internationalen Fürsprecher

Auf internationalem Parkett stand die Sache für eine Rückkehr Südtirols in diesen letzten Kriegs- und ersten Nachkriegswochen nicht gut. Im Gegenteil, Fürsprecher für Österreich, das bald von einer sowjetischen Marionettenregierung geleitet schien, und für Südtirol, das sich in den letzten beiden Kriegsjahren in besonderem Maß als pro-nazistisch hervorgetan hatte, gab es kaum mehr. Der amerikanische Präsident Roosevelt hatte sich nach seinen Wahlkampfreden im Juni 1944 in Sachen Österreich und Südtirol beinahe ein Jahr lang nicht mehr zu Wort gemeldet. Als er allerdings seine politischen Absichten im Frühjahr 1945 niederschrieb, blieb er konsequent bei der von ihm im Juni 1944 angekündigten Linie: In den Richtlinien für die vom 25. April bis 26. Juni 1945 stattfindende *United Nations Conference* in San Francisco befasste sich ein unter den Auspizien von Roosevelt entstandenes Memorandum mit dem *Treatment of Austria*. Das undatierte Schreiben bezog sich auf die Moskauer Deklaration und beschrieb die amerikanische Politik gegenüber Österreich:

„Die Vereinigten Staaten sind dem politischen Ziel eines freien und unabhängigen Österreich verpflichtet. Stabile und prosperierende wirtschaftliche Zustände in Österreich würden eine starke Untermauerung politischer Unabhängigkeit darstellen und die Unterstützung der österrei-

---

37 Ausführlich zum ersten Besatzungsmonat: Pfanzelter, Südtirol unterm Sternennbanner, 67–100.

38 Ebd.

chischen Bevölkerung für eine eigenständige österreichische Souveränität ermutigen.“<sup>39</sup>

Konkret versprach das Memorandum:

„Das grundlegende Ziel der amerikanischen Politik in Österreich ist seine unverzügliche Trennung von Deutschland und die Errichtung eines unabhängigen österreichischen Staates. Dieses Ziel ist in der Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 ausgedrückt [...], das Österreich die Befreiung vom deutschen Joch versprach und die drei Mächte verpflichtete, dem österreichischen Volk den Weg zu bahnen, um selbst jene politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Basis für einen dauerhaften Frieden ist. Österreichs strategische Position in Zentraleuropa machen sowohl seine künftige interne Stabilität als auch seine Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu einer dringenden Angelegenheit für die internationale Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten.“

Ebenso unmissverständlich war Unterstützung für die Rückgabe Südtirols an Österreich zu erkennen:

„Die Vereinigten Staaten bevorzugen die Restauration Österreichs innerhalb der Grenzen von 1937 mit der Hinzufügung der Provinz Bozen von Italien und dem Ausschluss von zwei kleinen Berggemeinden im Gebiet Sonthofen bei Bayern.“<sup>40</sup>

Diese letzte *Absichtserklärung* Roosevelts ist wenig bekannt, und es ist schwer einzuschätzen, ob dieses Dokument jemals Grundlage einer internen oder gar internationalen Diskussion war, denn der Präsident verstarb noch vor Eröffnung der Konferenz am 12. April an einem Herzinfarkt. Harry S. Truman folgte ihm am selben Tag als 33. Präsident der USA nach. Vor der unerwarteten Verantwortung kapitulierend meinte Truman in einer Pressekonferenz am folgenden Tag: „Leute, wenn ihr je betet, betet jetzt für mich. Ich weiß nicht, ob jemals ein Heuhaufen auf Euch gefallen ist, aber als man mir gestern sagte, was passiert war, fühlte es sich an, als ob der Mond, die Sterne und alle Planeten auf mich gefallen wären.“<sup>41</sup>

---

39 United Nations Conference, San Francisco Briefing Memos, Europe, oD (April–May 1945), Franklin D. Roosevelt Digital Archives, President’s Secretary’s Files (PSF), Safe Files: State Department, Box 5.

40 Ebd.

41 The Truman Presidential Museum & Library, Harry S. Truman: His Life and Times, Senate to the White House, oD [<http://www.trumanlibrary.org/lifetimes/whouse.htm>], 23.2.2017.

Tatsache ist, dass in den ersten Wochen von Trumans Präsidentschaft Österreich nicht auf der Prioritätenliste stand. Tatsache ist auch, dass der neue, relativ unerfahrene Präsident in viel stärkerem Maße von den Experten im State Department abhängig war als sein Vorgänger und das Außenministerium dann auch zunehmend an Einfluss gewann. Die Politik der USA war in den folgenden Monaten geprägt von dessen Diplomaten und viel weniger von Präsident Truman selbst.<sup>42</sup>

Für Südtirol gab es von da an für die entscheidenden Nachkriegsmonate keine Großmacht mehr, die eine Rückkehr zu Österreich unterstützt hätte. Im Gegenteil, als es Ende Juni, Anfang Juli 1945 in Richtung Potsdamer Konferenz, also in Richtung Aufteilung der verheerenden Überlassenschaften des Krieges unter den Mächtigen der Welt ging, überwogen im US-Außenministerium stets jene Argumente, die für einen Verbleib der Provinz bei Italien sprachen: Denn Italien entwickelte sich unmittelbar nach Kriegsende zum Testfall für die Zusammenarbeit der alliierten Supermächte nach dem Krieg. Hier zeichneten sich erste Diskrepanzen und kommende Konfliktlinien im Kalten Krieg ab; die Kluft zwischen Ost und West wurde sichtbar. Im Sommer 1945 wiesen alliierte Stellen in Italien auch immer wieder ausdrücklich auf die Gefahr eines kommunistischen Staatsstreiches hin und die italienische Regierung drängte auf innenpolitische Stabilisierung durch die Rückgabe der besetzten Provinzen. Diese wurde schließlich für Ende August 1945 zugesagt.<sup>43</sup>

Anfang August 1945 holte sich Präsident Truman allerdings ehemalige Berater Roosevelts in sein Kabinett. Sie stoppten den bereits geplanten Abzug der alliierten Truppen aus dem Land und setzten durch, dass die Besatzung zumindest für die Dauer der Außenministerkonferenz in London, die für Mitte September angesetzt war, unter alliierter Verwaltung bleiben müsse, und das trotz heftiger Proteste der zuständigen Stellen in Italien.<sup>44</sup> Mit Dean Acheson, dem nunmehrigen Unterstaatssekretär und ehemaligen Vertrauten Roosevelts, kam jedoch ein Mann ins amerikanische Außenministerium, der nicht zu den Anti-Kommunisten zählte und sich daher von der Beschwörung einer kommunistischen Gefahr in Italien nicht sonderlich beeindruckt ließ. Zudem brüskierte ihn die „undemokratische“ Haltung der italienischen Regierung. Wie sich zeigen sollte, vertrat Acheson von Anbeginn seiner Karriere im *State Department* auch die Position, dass die *disputed areas* schon aus Gründen des Prinzips unter alliierter Militärverwaltung zu bleiben hatten, bis über

---

42 Miller, *The United States*, 43.

43 Telegram, Department of State to US Embassy, Rome, 13.8.1945, NARA; 740.00119 Control (Italy)/8–1345.

44 ZB The Ambassador in Italy (Kirk) to the Secretary of State, 4.9.1945, NARA; 740.00119 Control (Italy)/9–445.



ihre zukünftige Zugehörigkeit bei den Friedensverhandlungen entschieden worden war. So ist wohl letztlich auch ihm und seinem Stab die Aufnahme jenes Passus in die ersten Verhandlungen der Alliierten am 14. September 1945 mit Italien zu verdanken, die als „Vorentscheidung“ für Südtirol in die Geschichte einging: Österreich wurde darin erlaubt, Vorschläge „hinsichtlich kleinerer Grenz-Berichtigungen zu seinen Gunsten vorzubringen“.<sup>45</sup>

#### **IV. Die Beibehaltung der alliierten Militärregierung und alliierte Diktate**

Für Italien endete die Londoner Außenministerkonferenz damit in einem Desaster, nicht einmal zu einem gemeinsamen Kommuniqué hatte man sich durchringen können. Das bedeutete: Kein Friedensvertrag, keine Revision der Waffenstillstandsbedingungen, keine Zustimmung, das Land als *friendly cobelligerent* (freundschaftlichen Kriegsverbündeten) einzustufen, kein *non-punitive agreement* (nicht-bestrafender Friedensvertrag) und schließlich absehbarer Verlust aller Kolonien. Außerdem: Keine Rückgabe aller von den Alliierten besetzten Provinzen an die italienische Verwaltung.<sup>46</sup> Hinzu kamen katastrophale wirtschaftliche Prognosen für den kommenden Winter.

Das alles führte zu einer handfesten Regierungskrise. Und für Südtirol bedeutete dies schlichtweg, dass die italienische Regierung jede Entscheidung auf die lange Bank schob. Allerdings übersahen die führenden politischen Kräfte dabei, dass sich die internationale Lage, vor allem aber die Haltung der Amerikaner jetzt deutlich zu Ungunsten des Mittelmeerlandes entwickelte: Die amerikanischen Beamten unterstellten der Regierung in Rom Unfähigkeit und/oder Unwillen und nahmen zunehmend eine rigidere und kritischere Haltung ein. Das wiederum führte dazu, dass den Italienern in den folgenden Monaten viele Regelungen schlichtweg diktiert wurden, von einer Mitbestimmung konnte keine Rede mehr sein.

Als wirksamste Waffe der Alliierten gegenüber der italienischen Regierung erwies sich die Drohung der Beibehaltung der alliierten Militärregierung in besetzten Gebieten: Solange amerikanische oder britische Truppen in der Venezia Giulia, in Südtirol und in anderen Gebieten patrouillierten, hatte die Regierung in Rom nicht die volle Oberhoheit über diese Regionen wiedererlangt. Ebenso signalisierte das, dass die künftige Zugehörigkeit der Gebiete nicht gesichert war und es mitunter noch zu territorialen Veränderungen kommen könnte.

---

45 Siehe dazu den Beitrag von Rolf Steininger in diesem Band.

46 The Ambassador in Italy (Kirk) to the Secretary of State, 5.10.1945, NARA, 740.00119 Control (Italy)/10-545.

Als amerikanische Planer nach der Außenministerkonferenz in London die Angelegenheit der Rückgabe Südtirols an die reguläre italienische Verwaltung neuerlich prüften, empfahlen sie daher, diese Rückgabe an Bedingungen zu knüpfen: Die Deutschsprachigen sollten weitreichende Zugeständnisse im Bereich der Schule erhalten, die marodierenden, italienischen Partisanentruppen, die *Folgore*, müssten unverzüglich aus der Provinz abgezogen werden, die Staatsbürgerschaftsfragen müssten gelöst werden – an eine Weiterführung der Politik der *Zwangsemigration* entlang der Optionsabkommen war nicht zu denken – und die italienische Regierung solle den Deutschsprachigen Autonomiezugeständnisse machen.

Als die italienische Regierung am 22. September über die Entscheidungen der Londoner Außenministerkonferenz unterrichtet wurde,<sup>47</sup> (Österreich offiziell erst am 1. Mai 1946<sup>48</sup>), deponierten die Amerikaner diese Anliegen. Die Regierung erklärte sich in mehreren Schreiben danach immer wieder zu großzügigen Gesten gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung bereit, doch diese Versprechen waren schwammig formuliert und ohne konkrete Umsetzungsvorschläge. Im alliierten Hauptquartier schätzte man sie daher als leere politische Stimmungsmache ein. Die Beendigung der Militärregierung wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.<sup>49</sup>

Dies galt auch noch für die Zeit der Wachablöse in der Besatzung: Im Oktober übernahmen britische Einheiten die Besatzungsaufgaben in Südtirol.<sup>50</sup> Gleichzeitig erhöhten die amerikanischen Behörden in Rom und Washington DC den Druck: Sie drohten im Oktober und November mehrmals mit der Beibehaltung des Militärregimes bis zum Ende der Friedensverhandlungen (also für wahrscheinlich ein weiteres Jahr).<sup>51</sup> Grundsätzlich blieb man im amerikanischen State Department aber bei der Entscheidung von London: Kleinere Grenzberichtigungen wären möglich, doch Südtirol sollte bei Italien bleiben. Für die Briten gab es zu diesem Zeitpunkt allerdings zur Brennergrenze keine

---

47 L'ambasciatore a Washington, Tarchiani, al ministro degli esteri, De Gasperi, 26.9.1945, Ministero degli Affari Esteri/Commissione per la Pubblicazione dei Documenti Diplomatici Italiani (Hg), Documenti Diplomatici Italiani, Decima Serie, 1943–1948, Volume II: 12 dicembre 1944–9 dicembre 1945, Rom 1992, 775 (künftig DDI).

48 Stadlmayer, Kein Kleingeld, 48.

49 The Ambassador in the United Kingdom (Winant) to the Acting Secretary of State, 28.9.1945, FRUS, Diplomatic Papers 1945, Volume IV Europe, Washington 1968, 1056.

50 Pfanzelter, Südtirol unterm Sternenbanner, 253–256.

51 The Acting Secretary of State to Mr Alexander C Kirk, Political Adviser to the Supreme Allied Commander, Mediterranean Theater, at Caserta, 28.9.1945, FRUS, Diplomatic Papers 1945, Volume IV Europe, Washington 1968, 1056. 740.00119 Control (Italy)/9–2545.

Alternative mehr. Zu groß sei die Gefahr eines kommunistischen Putsches im Land. Im November 1945 leisteten sie nach langen Geheimgesprächen schließlich erfolgreich Überzeugungsarbeit im US-Außenministerium: Außenminister Byrnes willigte ein, die alliierte Besatzung in Südtirol zu beenden und die Provinz Ende des Jahres 1945 an die reguläre italienische Verwaltung zurückzugeben.<sup>52</sup> Gleichzeitig solle noch einmal vehement auf die Umsetzung der alliierten Forderungen gedrängt werden.

In der Zwischenzeit schafften alliierte Behörden in Südtirol unter ausdrücklicher Billigung Washington DCs einige *fait accompli*:

### A. Das erste Volksschuldekret

Wegen ausständiger gesetzlicher Regelung durch Italien erließen die Alliierten Ende September, Anfang Oktober eine Volksschulregelung und unterstützten die deutschsprachige Minderheit sogar bei der Organisation von Schweizer Schulbüchern. So nahmen die Volksschulen (deutschsprachige und italienischsprachige) trotz Lehrkräftemangels und fehlender Schulräume im Oktober 1945 den regulären Betrieb auf. Daraufhin erließ die italienische Regierung auf Basis der bereits eingesetzten Praxis das „Erste Volksschuldekret“, am 27. Oktober wurde es von Kronprinz Umberto di Savoia unterzeichnet.<sup>53</sup> Von der außenpolitischen Relevanz dieses Dekretes war zumindest Alcide De Gasperi überzeugt, der in einer Debatte im Ministerrat Ende Oktober, als es um den Erlass eines ähnlichen Dekrets für die Mittelschulen ging, dafür eintrat, deutschsprachiges Lehrpersonal einzustellen. Die vorgeschlagene Alternative, italienische Muttersprachige mit Deutschkenntnissen für diese Stellen einzusetzen, sei nicht durchführbar, denn: „Il provvedimento deve essere valorizzato anche all’Estero“ –, wobei er gleich darauf neuerlich den provisorischen Charakter der Gesetzesvorlage hervorhob.<sup>54</sup> Innerhalb weniger Tage folgten deshalb die Richtlinien auch für den deutschsprachigen Mittel-

52 The Secretary of State, Byrnes, to the Ambassador in the United Kingdom (Winant), 14.11.1945, FRUS, Diplomatic Papers 1945, Volume IV Europe, Washington 1968, 1084; 740.00119 Control (Italy)/11–545.

53 Rainer Seberich, Südtiroler Schulgeschichte, Muttersprachlicher Unterricht unter fremdem Gesetz, Bozen 2000, 140–145.

54 Seduta del 10 ottobre 1945, Verbale, in: Presidenza del Consiglio dei Ministri, Dipartimento per l’informazione e l’editoria/Aldo Ricci (Hg), Verbali del Consiglio dei Ministri. Luglio 1943–Maggio 1948. Edizione critica. Governo Parri. 21 giugno 1945–10 dicembre 1945, (Collana Storia e Cultura), Band V,2, 696–735, hier 703 f (künftig Verbali); siehe auch Il ministro degli esteri, De Gasperi, all’ambasciatore degli stati uniti a Roma, Kirk, e al rappresentante di Gran Bretagna a Roma, Charles, 19.10.1945, DDI, Decima Serie, 1943–1948, Volume II: 12 dicembre 1944–9 dicembre 1945, Rom 1992, 871.

schulbereich. Für beide Dekrete erhielten die Deutschsprachigen noch in den letzten Tagen der Alliierten Besetzung schriftlich Unterstützung. Das Volksschuldekret wurde am 22. Dezember 1945 genehmigt, das Mittelschuldekret allerdings erst im Frühjahr 1946.<sup>55</sup>

## B. Der Abzug der *Folgore*

Auch in der Lösung der Frage der *Folgore*-Einheiten übernahmen die Alliierten schließlich die Initiative: Die italienischen Partisaneneinheiten wurden im Oktober der alliierten Besetzung unterstellt und das, obwohl man sich der politischen Implikationen und des damit einhergehenden schweren Imageverlustes für die Italienische Regierung im Klaren war.<sup>56</sup> Der Großteil der in Südtirol stationierten *Folgore*-Einheiten wurden daraufhin durch einige britische Truppen ergänzt, die den Abzug der *Folgore* erleichtern sollten. Im November wurden die ersten italienischen Truppen in den Süden – offizieller Wortlaut war, dass die Einheiten zu Trainingszwecken verschickt wurden – versetzt. Nur vehemente Interventionen der italienischen Regierung führten schließlich dazu, dass einige italienische Einheiten zu regulären Truppen des italienischen Militärs umfunktioniert wurden. Von den ehemals rund 9.000 Soldaten, die ursprünglich auch als Partisanen nach Südtirol gekommen waren und die wenig zum friedlichen Zusammenleben beigetragen hatten, blieben danach noch 3.000 Soldaten in Südtirol stationiert.<sup>57</sup> Von ihren Aufgaben enthoben wurden auch diese abzugsbereiten *Folgore*-Einheiten am 7. Dezember. Mit diesem Tag übernahmen die britischen Ersatzeinheiten und einige wenige italienische Soldaten, die als *Italian Unit* den alliierten befehlsmäßig unterstellt wurden, die Besatzungsaufgaben.<sup>58</sup>

## C. Optantendekret und Wählerlisten

Ein weiteres Diktat drohte Italien in Staatsbürgerschaftsfragen: Anfang November veranlassten die Alliierten die Erstellung der Wählerlisten in der Provinz Bozen, denn weitere Verzögerungen in der Frage der Staatsbürgerschaften der Deutschsprachigen in Südtirol seien nicht akzeptabel. Trotz der

---

55 Seberich, Südtiroler Schulgeschichte, 461–463; Karl Mittermaier, Südtirol. Geschichte, Politik und Gesellschaft, Wien 1986, 176–178.

56 JK Dunlop, Brigadier, Regional Commissioner, Venezia Region to HQ AC, Attn: Ececutive Commissioner, Secret, Bolzano, Folgore Division, 13.10.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

57 Theodoli per De Gasperi, 9.11.1945, DDI, Decima Serie, 1943–1948, Volume II: 12 dicembre 1944–9 dicembre 1945, Rom 1992, 950.

58 Telegram, DISTWO to INFO: DISTHREE et al, Secret, 7.12.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

Übermittlung eines Gesetzesdekretes von De Gasperi, das zu diesem Zeitpunkt nicht mehr als ausreichend eingestuft wurde, nahmen sie die Sache nun Schritt für Schritt selbst in die Hand. Anfang November verordnete die alliierte Regionalbehörde die Erstellung der Wählerlisten entlang der existierenden italienischen Gesetzgebung, wobei in die Listen auch jene Deutschlandoptanten aufgenommen werden sollten, die zwar optiert, aber sonst keine weiteren Schritte zur Auswanderung unternommen hatten.<sup>59</sup> Die umgehenden Proteste der italienischen Regierung hatten immerhin zur Folge, dass die alliierten Behörden zwar versprachen, alle Menschen mit gültiger österreichischer und deutscher Staatsbürgerschaft, die *Reich Germans*, auszuweisen, gleichzeitig aber setzten sie die Erstellung der Wählerlisten unbeirrt fort.<sup>60</sup> Bei den *Reich Germans* handelte es sich um einige hundert Personen (alliierte Erhebungen sprechen von max 3.000, italienische Stellen von 20.000 Personen); vor allem waren es Mitarbeiter deutscher Firmen oder Familienangehörige von Wehrmachtsoffizieren, die in den letzten Kriegswochen in Südtirol Zuflucht gesucht hatten. Tatsächlich in die Listen eingetragen wurden bis Jahresende rund 7.000 Personen, für etwa 400 davon wurden Papiere für eine Zwangsrepariturierung vorbereitet.<sup>61</sup> In der Praxis verfolgten die Alliierten die Ausweisung dieser Menschen jedenfalls nicht konsequent, im Gegenteil, es schien immer wieder Gründe für deren weiteren Aufenthalt in Südtirol zu geben – oft so lange, bis ihre Akten im Dschungel der Behörden verschwanden bzw die nötigen Auffanglager für ihre zwischenzeitliche Internierung im Laufe des Jahres 1946 geschlossen wurden.

Wegen dieser für Rom unzufrieden stellenden Praxis der Erstellung der Wählerlisten und der deutschen Staatsbürger legte die italienische Regierung im November einen Vorschlag zur Lösung der Optantenfrage vor und bat gleichzeitig um Beendigung der Erstellung der Wählerlisten in Südtirol.<sup>62</sup> Er sah genau das vor, was die Alliierten seit Monaten zu unterbinden versucht hatten, nämlich eine rigide juristische Interpretation in Staatsbürgerschaftsfragen und im Grunde eine Fortführung des Optionsabkommens von 1939: Alle Optanten, die die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten hatten und ausgewandert waren (ca 70.000), sowie 50.000 von denen, die nicht ausgewandert waren, sollten die italienische Staatsbürgerschaft nicht wieder erhalten. Bei der letzten Kategorie handle es sich um Deutschlandoptanten, die nach dem September 1943 mit den deutschen Stellen zusammengearbeitet hatten (alle, die in die NSDAP und deren Organisationen eingeschrieben waren, alle,

59 Stone an De Gasperi, 21.12.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

60 Stone an Prunas, 19.11.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

61 Telegram, AMG VENEZIA REGION to ACTION: HQ ALCOM CITE AC EXC, Secret, 1.12.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

62 Parri an Stone, Translation, 18.11.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, und alle, die sich nach September 1943 an italienischen oder alliierten Personen *vergangen* hatten). Außerdem sollte die Staatsbürgerschaftskommission aus einem Vorsitzenden, dem Vize-Präfekten, einem Vertreter des CLN und zwei italienischen Staatsbürgern aus der Provinz Bozen (wobei diese natürlich keine Deutschlandoptanten sein dürften) zusammengesetzt sein.<sup>63</sup>

Die Vertreter der italienischen Regierung rechneten offensichtlich selbst mit scharfen negativen Reaktionen und legten den Gesetzesvorschlag zur Begutachtung den alliierten Stellen vor, bevor er beschlossen werden sollte. Doch als von dort keine Einwände kamen, wurde der Entwurf am 21. November mit kleinen Änderungen im Ministerrat genehmigt.<sup>64</sup> Ein erstes Dankeschreiben der Alliierten<sup>65</sup> für die Verabschiedung des Gesetzes zeugt jedoch vermutlich nur davon, dass der Inhalt des Gesetzes noch nicht im Detail untersucht worden war. Die noch am selben Tag des Dankeschreibens nachgereichten Beurteilungen des Vorschlages waren dann auch alles andere als positiv. Sie lassen sich wohl am besten mit der offiziellen Antwort der Alliierten an De Gasperi am 21. Dezember zusammenfassen:

„[Die alliierte Kontrollkommission] möchte Sie daran erinnern, dass es die ursprüngliche Absicht der Kommission war, wie sie sie mit Brief vom 20. August 45/12/IG mitteilte, lokale Kommissionen einzusetzen, die die Tatsachen klären und Staatsbürgerschaftsfragen nach den geltenden italienischen Gesetzen regeln können.

Sie [die Kommission] erachtet den gegenwärtigen Vorschlag, der vorsieht, einer Anzahl jener, die nach geltenden italienischen Gesetzen italienische Staatsbürger sind, eben diese Staatsbürgerschaft zu entziehen, als unangebracht. Die Einführung eines solchen Gesetzes würde sie nicht mit Wohlwollen betrachten und sie wäre nicht bereit, seine Umsetzung in Südtirol zu unterstützen.“<sup>66</sup>

## D. Autonomieregelungen

Am auffälligsten war darüber hinaus wohl der anhaltende Druck der alliierten Stellen, was die Einsetzung einer Autonomie für die deutschsprachige Minderheit betraf. Die von Rom immer wieder formulierten Autonomieverprechen gingen den amerikanischen Behörden nie weit genug. So bestanden sie bis weit in den Herbst 1945 darauf, dass bei der Rückgabe der Provinz an

---

63 Parri an Stone, Translation, 18.11.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

64 Verbali, 1097–1133.

65 Stone an De Gasperi, 21.12.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

66 Stone an De Gasperi, 21.12.1945, NARA, RG 331, 10000/136/288.

die italienische Verwaltung Autonomieregelungen für die Deutschsprachigen öffentlich bekannt gegeben werden müssten.<sup>67</sup> Deshalb gab es von Seiten Roms mehrere Vorschläge für eine Autonomie: allesamt angelehnt an die Autonomie für das Aostatal und allesamt enthielten sie als Autonomiegebiet das gesamte Trentino.<sup>68</sup>

Ende November kamen aber Gerüchte über angebliche Gespräche Kurt Schuschniggs, des ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten im Austrofaschismus, mit Ferruccio Parri, dem italienischen Ministerpräsidenten, auf, in denen Parri signalisiert haben soll, Italien sei unter gewissen wirtschaftlichen Zugeständnissen (Wasserkraftwerke) bereit, auf Südtirol territorial zu verzichten.<sup>69</sup> Während in Wien die Hoffnungen stiegen und entsprechend bei den Alliierten Rückfrage gehalten wurde, dementierte die italienische Regierung wiederholt heftig.<sup>70</sup> Im Gegenteil: De Gasperi wollte nach dem überwältigenden Sieg der Regierung Renner in Wien die diplomatischen und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen mit Österreich wieder offiziell aufnehmen. Allerdings sollte die öffentliche Erklärung den Satz enthalten, es gebe keinerlei territorialen Streitigkeiten zwischen den beiden Staaten.<sup>71</sup> Dieser Vorstoß stieß in London und Washington auf heftige und durchwegs negative Reaktionen: als plump und provokant wurde er abgetan und De Gasperi wurde mittels seiner Botschafter gefragt, ob er denn die Alliierten reizen und zu negativen Reaktionen veranlassen wolle.<sup>72</sup>

Die Alliierten beharrten jetzt erst recht auf zumindest einer öffentlichen Bekanntgabe: Am 19. Dezember 1945 wurde die Rückgabe der nördlichen Provinzen in der Presse publiziert. Sie erfolge aber „ohne dass dies ein Präjudiz“ für eventuelle Grenzänderungen sei, die im Friedensvertrag immer noch

67 The Chargé in Italy (Key) to the Secretary of State, 10.11.1945, FRUS 1945, Volume IV, 1083.

68 ZB Il ministro degli esteri, De Gasperi, al presidente del consiglio, Parri, 11.11.1945, DDI, Decima Serie, 1943–1948, Volume II: 12 dicembre 1944–9 dicembre 1945, Rom 1992, 956 f.

69 Steininger, *Los von Rom?*, 32 f.

70 Il segretario della Commissione confini, Casardi, al ministro degli esteri, De Gasperi, 26.11.1945, DDI, Decima Serie, 1943–1948, Volume II: 12 dicembre 1944–9 dicembre 1945, Rom 1992, 1012 f. De Angelis war zu diesem Zeitpunkt bereits von seiner Stelle als Präfekt der Provinz Bozen abberufen worden, ab 1. Dezember 1945 ersetzte ihn Silvio Innocenti, der ein Gefolgsmann De Gasperis war.

71 Segreteria Generale, Ministero degli Affari Esteri Rom an Britische und Amerikanische Botschaften, Rom, 27.12.1945, ASDMAE, AP-Italia, Austria, 1946–1950, busta 1; Il ministero degli esteri all'ambasciata degli Stati Uniti e alla rappresentanza di Gran Bretagna a Roma, 27.11.1945, DDI, Decima Serie, 1943–1948, Volume II: 12 dicembre 1944–9 dicembre 1945, Rom 1992, 1019.

72 ZB Stadlmayer, Kein Kleingeld, 65; Telegramm, Tarchiani, Botschaft Washington DC, Urgente-Segreto, 4.12.1945, ASDMAE, AP 1931–1945 Austria busta 60.

erfolgen konnten.<sup>73</sup> Der italienischen Regierung war es nicht gelungen, diese Formulierung zu unterbinden. Am selben Tag, dem 19. Dezember, deponierte der frisch gewählte Bundespräsident Renner in Wien bei den Alliierten die Forderung der österreichischen Regierung nach einer Rückgabe Südtirols an Österreich.<sup>74</sup> In einer Rede schloss sich tags drauf Bundeskanzler Leopold Figl mit dem berühmt gewordenen Satz, Südtirol sei eine „Herzessache Österreichs“ den Forderungen an.<sup>75</sup> Die italienische Regierung protestierte in Washington umgehend gegen diese Aussagen, erhielt als Antwort aber nur den Hinweis, der Abzug der Besatzungseinheiten sei schon „Entgegenkommen genug“ gewesen und man werde in den USA „sehr genau beobachten“, wie die italienische Regierung fürderhin die Autonomiefragen zu lösen gedenke. Die Position der USA habe sich seit der Erklärung Byrnes' in London im September nicht geändert. Es sei jetzt die Aufgabe Roms, in London, Moskau und Paris um Unterstützung zu werben, damit nicht einer der anderen Alliierten Südtirol doch noch zur Debatte stelle. Im Übrigen habe man die Sache mit den Gesprächen Parri-Schuschnigg und die dort vorgeschlagene Möglichkeit einer „freiwilligen“ Lösung sehr interessant gefunden.<sup>76</sup>

## V. Fazit und Ausblick

Und die Südtiroler selbst? Die Südtiroler selbst hatten dem Kriegsende mit unterschiedlichen Erwartungshaltungen entgegengesehen. Trotz des einigermaßen friedlichen Übergangs von Kriegs- zu Friedenszeit und der rudimentär wieder hergestellten politischen bzw medialen Vertretung der deutschsprachigen Minderheit, herrschte vor allem Unsicherheit über die Zukunft des Landes. Zudem dominierten einige zentrale Anliegen die Tagespolitik: In den Frühjahrs- und Sommermonaten 1945 setzte ein Flüchtlingsstrom bis dahin ausgekannten Ausmaßes ein, denn in Deutschland und Österreich fanden sich bei Kriegsende etwa eineinhalb Millionen italienischer Zivilisten, illegal zurückkehrende Optanten sowie Jüdinnen und Juden, die vor den Pogromen in Osteuropa flüchteten und nach Israel oder in die USA wollten sowie zahlreiche Nazis, die über Italien vor der alliierten Justiz flohen. Trotz

---

73 Minutes of a Meeting of the Supreme Allied Commander's Conference held in the G-3 War Room at 1100 hours on Tuesday 11th December 1945, 11.12.1945, 740.00119 Control (Italy)/12-1245.

74 Apa-Meldung, 20.12.1945.

75 Apa-Meldung, 21.12.1945.

76 L'ambasciatore a Washington, Tarchiani, al presidente del consiglio e ministro degli esteri, De Gasperi, 28.12.1945, DDI, Decima Serie, 1943-1948, Volume III: 10 dicembre 1945-12 luglio 1946, Rom 1993, 49 f.



rascher Organisation von Transport, Unterkünften und Essen durch alliierte Behörden und das Internationale Rote Kreuz wurde Südtirol bald von einem unkontrollierten Strom von Flüchtlingen überrannt: Allein im Monat Mai waren es in etwa 90.000 Personen. Die Flüchtlingslager und -unterkünfte, die daraufhin im ganzen Land eingerichtet wurden, konnten erst im Laufe des Jahres 1946 langsam abgebaut werden.<sup>77</sup>

Nicht in den Genuss der Hilfe internationaler Flüchtlingsorganisationen kamen die optierten Südtiroler. Sie hatten mit den Optionspapieren die italienische Staatsbürgerschaft aufgegeben und jene des Deutschen Reiches beantragt. Dieses Deutsche Reich gab es im Mai 1945 nicht mehr, in Österreich wurde die Staatsbürgerschaft des nun zur feindlichen Besatzungsmacht deklarierten Nazi-Regimes nicht anerkannt. Das hieß für tausende ausgewanderte Südtiroler, dass sie bei Kriegsende staatenlos waren, also keine internationalen Hilfsgüter bzw Heimtransporte beanspruchen konnten: Viele von ihnen machten sich daher illegal auf den Weg über die Brennergrenze zurück Richtung Heimat. Das Passieren der Grenze war allerdings nur für wenige Tage möglich, innerhalb von zehn Tagen nach Kriegsende wurde der Brenner abgeriegelt. Es fanden strenge Kontrollen statt, die aufgegriffenen Illegalen kamen in die Auffanglager am Brennersee und in der Nähe von Gossensaß. So strandeten rückkehrwillige Optanten oft monate- und jahrelang in den Sammellagern in Innsbruck, Hall und Wattens in Nordtirol.

Ähnlich erging es den Südtiroler Soldaten, die den Zweiten Weltkrieg überlebt hatten. Als SS-Angehörige – Himmler hatte allen Südtiroler Einheiten bekanntlich die Ehre zuteilwerden lassen, sie in den Rang von SS-Einheiten zu erheben – wurden sie interniert: zum Gutteil im ehemaligen KZ Dachau, in der Nähe von Triest hinter der neu entstehenden jugoslawischen Grenze und südlich von Rom. Obwohl viele von ihnen ebenfalls optiert und damit die italienische Staatsbürgerschaft abgelegt hatten, wäre für die Rückführung der Soldaten jetzt wieder die italienische Regierung zuständig gewesen, doch diese ließ sich mit der Rückholungszeit und so konnte es schon bis Ende 1947/1948 dauern, bis Südtiroler Soldaten legal die Lager in Deutschland verlassen und zurückkommen konnten.<sup>78</sup>

Nicht viel besser hatten es die Optanten, die in Südtirol verblieben waren oder in Österreich eine neue Heimat gefunden hatten. Auch sie waren bei Kriegsende staatenlos und hatten dadurch keinen Anspruch auf Sozialleistungen, Wohnungs- und Essenszuteilungen. Weder die italienische noch die österreichische Regierung zeigte in der wirtschaftlich, sozial und politisch prekären Situation des Kriegsendes Interesse an einer schnellen Lösung der Staatsbürgerschaftsfragen. Im Gegenteil, die Südtiroler Optanten wurden

---

77 Pfanzer, Südtirol unterm Sternenbanner, 233–244.

78 Ebd., 11–15.

spätestens im Sommer 1945 zum politischen Spielball, als die italienische Regierung auf die Gültigkeit der Optionsabkommen von 1939 drängte.<sup>79</sup> In Österreich erhielten die Ausgewanderten ebenfalls keine Staatsbürgerschaft und dennoch häuften sich in der dortigen Presse Klagen über die kriminellen Zuwanderer aus Südtirol, deren Bevorzugung im Bereich der Sozialfürsorge und bei der Wohnungszuteilung.<sup>80</sup>

Selbst politisch aktiv wurden die Südtiroler im Herbst 1945: Noch während der Verhandlungen der Außenminister im September in London begannen die Südtiroler mit der Erstellung von Unterschriftenlisten und Petitionen mit Bitten um Rückkehr zu Österreich. Bei der Weiterleitung dieser Listen an McBratney äußerten sie den Wunsch, diese den Außenministern in London zu übergeben.<sup>81</sup> McBratney legte den Petitionen ein Schreiben bei, in dem er erläuterte, er habe eine Delegation von Südtirolern auch gefragt, „sollten sie zufällig an Österreich angegliedert werden, wären sie gewillt, Teil eines wirtschaftlich bankrotten Staates zu sein, der Essensrationen betteln und vielleicht unter einer ausbeuterischen Regierung der Franzosen existieren muss. Sie schrien einstimmig: Ja!“ Er sei, so meinte er weiter, beeindruckt davon gewesen und überzeugt, sie seien *deadly serious*, also sie meinten es todernst, weshalb er die Weiterleitung nach London empfehle.<sup>82</sup>

Doch die Petitionen blieben in Rom im alliierten Hauptquartier liegen und es kamen bis weit in den Oktober und November hinein immer neue dazu. Vor allem die britischen Beamten dort schätzten die Petitionen als *brisant* und als einen überzeugenden Beweis der herrschenden öffentlichen Meinung ein und zögerten gerade deshalb immer wieder mit deren Weiterleitung. Dennoch trugen sie vermutlich nicht unwesentlich dazu bei, dass die alliierte Besatzungszeit nicht schon früher zu Ende war. Nur durch einen Fehler in der Kommunikation landeten die Petitionen schließlich im Februar 1946 – sehr zum Missfallen der Briten – doch noch beim Ständigen Sekretariat der Außenministerkonferenz in London, konnten hier aber nicht mehr wirksam eingesetzt werden.<sup>83</sup>

Sollte abschließend also eine These für eine amerikanische Südtirolpolitik in der behandelten Zeit geltend gemacht werden, so lautet diese wohl: Die amerikanischen Besatzungsmonate waren Monate, in denen die Autonomie

---

79 Wiederholt fragten die Alliierten diesbezüglich nach, zB Stone an Parri, 21.9.1945, NARA; RG 331, 10000/136/288.

80 Ebd., 230–233.

81 McBratney an HQ Venezia Region AMG, So. Tyrolian Interests, Bolzano, 19.9.1945, NARA; RG 331, 10000/109/348.

82 McBratney an HQ Venezia Region AMG, So. Tyrolian Aims and Aspirations, 19.9.1945, NARA; RG 331, 10000/109/348.

83 Aktennotiz BS, 20.1.1946, NARA; RG 331, 10000/109/348.

verspielt wurde, die amerikanischen Kontakte waren Kontakte, die nicht genutzt wurden! Die Vertreter der Südtiroler Volkspartei zusammen mit den Kollegen in Österreich schätzten die Situation in den Herbstmonaten 1945 anders ein: Hier verfolgte man konsequent die *Selbstbestimmungs-Strategie*. Mit Petitionen und Unterschriftensammlungen versuchte man die Alliierten über die Situation in Südtirol aufzuklären und von der Legitimität der Forderung der Rückkehr zu Österreich zu überzeugen. Aber Aufklärung brauchten die alliierten Behörden keine und wie der Ausgang eines Plebiszits wäre, wusste man in London und Washington DC genau. Hier gab es andere Gründe, Südtirol bei Italien zu belassen: die Wasserkraftwerke, die kommunistische Gefahr, vor allem aber Italiens instabile interne Situation. Zunehmend ging es darum, resümierte frustriert der amerikanische Außenminister James Byrnes im Februar 1946, sich mit allen Verhandlungspartnern (auch der UdSSR) „überhaupt auf einen Friedensvertrag für das Land einigen zu können.“ Um Details ginge es schon lange nicht mehr, sondern um „akzeptierbare Formulierungen“.<sup>84</sup> Tatsache ist aber auch, dass sich die italienische Regierung bis zum Abschluss des Friedensvertrages nicht sicher sein konnte, die Nordgrenze am Brenner belassen zu können. Daraus erklären sich wohl die Verhandlungen im Jahr 1946, an deren Ende am 5. September das Gruber-De Gasperi-Abkommen steht. Ein Dokument, das mE zwar fraglos als Magna Charta Südtirols gelten kann, das aber dennoch ein Dokument deprimierender, diplomatischer Schwäche Österreichs und des anhaltend starken Zentralismus Italiens ist und die Chance auf eine starke Autonomie schon 1946 gänzlich verspielte.

---

84 L'ambasciatore a Washington, Tarchiani, al presidente del consiglio e ministro degli esteri, De Gasperi, 30.1.1946, DDI, Decima Serie, 1943–1948, Volume III: 10 dicembre 1945–12 luglio 1946, Rom 1993, 189 f; Ders, 4.2.1946, ebd, 212–216.